

19. Dez. 1992

EDT BEI LAMBACH

Liebe Gemeindebürger und -bürgerinnen von Edt!

Sie haben längere Zeit nichts mehr von uns gehört. Dafür gibt es mehrere Gründe. Einer davon ist das Geld - die GAL OÖ (unsere Landes-organisation) stellt uns die Herstellungskosten von drei Aussendungen pro Jahr zur Verfügung. Die Versandkosten (ca. S 350,- pro Auflage) und die Herstellung von weiteren Aussendungen müssen wir als Gemeindegruppe selber tragen. Wenn Sie mit unseren Zusendungen zufrieden sind, und vielleicht vermehrt über unsere Tätigkeit im Gemeinderat informiert werden wollen, wären wir sehr froh über eine kleine finanzielle Unterstützung,

die Sie auf unser Konto Nr. 411-0017/04 bei der Oberbank Edt-Lambach einzahlen können.

Ein weiterer Grund ist ein Vorkommnis in der Gemeinde, das bei uns tiefste Bestürzung und das Gefühl der Ohnmacht hervorgerufen hat.

Außerdem wollten wir in dieser Angelegenheit weitere Nachforschungen betreiben. Es geht um die geplante Verordnung eines Wasserschongebietes. Dazu unser Bericht aus dem Gemeinderat von Erwin Weixlbaumer.

Bürgermeister verhindert Wasserschongebiet!

Die Vorgeschichte: Die wasserwirtschaftliche Planungsgruppe beim Amt der Oö. Landesregierung plant seit mehr als drei Jahren die Errichtung eines Wasserschongebietes auf größtenteils Edter Gemeinde-gebiet, um die Trinkwasser-versorgung von Gunskirchen, Teilen von Wels, aber auch großen Teilen der Gemeinde Edt sicherzustellen. Bürgermeister Wimmer war diesem Projekt gegenüber eher positiv eingestellt; was sich sein Nachfolger in dieser Angelegenheit geleistet hat, kann von unserer Seite nicht toleriert werden, weil wir glauben, daß er sich über die elementarsten Bedürfnisse der Bürger einfach hinwegsetzt. Er hat seinen ganzen Einfluß geltend gemacht, indem er bei Ratzenböck und Achatz interveniert hat. Sein Meisterstück war aber sicherlich die Behandlung dieser Angelegenheit im Gemeinderat, das er mittels eines Dringlichkeitsantrages in der Sitzung am 8. September 92 erreichte. Obwohl Zeit gewesen wäre, diese wichtige Angelegenheit dem Bau- und Planungsausschuß zur Besprechung vorzulegen, unterließ er dies. Auch hat er diesen Punkt nicht auf die Tagesordnung gesetzt; vermutlich damit der Gemeinderat seine Kreise nicht frühzeitig störe. (Dazu muß man wissen, daß die Tagesordnung für Gemeinderatssitzungen fünf Tage vorher kundgemacht werden muß!)

Als ich einen Tag vor der Sitzung am Gemeindeamt erfuhr, daß der Bürgermeister einen Dringlichkeitsantrag in dieser Angelegenheit plane, wollte ich die betreffenden Unterlagen einsehen. Leider war dies nicht möglich, da sie der Herr Bürgermeister bei sich zu Hause verwahrte!

In der Sitzung des Gemeinderates verlas er dann Teile der Stellungnahme, die er bei Ratzenböck und Achatz eingebracht hatte, wobei er einige Punkte des Schongebietsentwurfes kritisch beleuchtete. Nach einer wenig ergiebigen Diskussion (ohne nötiges Hintergrundwissen kann man schwerlich diskutieren!) wurde der geplante Schongebietsentwurf mit den Stimmen von VP, SP und FP abgelehnt.

Eine Woche später ging mir ein Licht auf. Mir war bei der Sache nicht ganz klar geworden, warum der Bürgermeister mit allen Mitteln dieses Wasserschongebiet verhindern wollte. Als dann die Firma Felbermair an der B 1 kurz vor Kreisbichl mit der Errichtung einer Schottergrube begann, wurden die Zusammenhänge offensichtlich. Der Bürgermeister schimpft zwar auf die Berghauptmannschaft Salzburg, weil diese den Schotterabbau genehmigt; er verschweigt aber, daß diese Schottergrube nur deshalb betrieben werden kann, weil auf Grund des

Einspruches der Gemeinde das Wasserschongebiet noch nicht verordnet werden konnte. Zwei hohe Beamte der Oö. Landesregierung haben mir versichert, daß ein Schotterabbau, wie ihn die Fa. Felbermair hier betreibt, in einem Wasserschongebiet nicht möglich wäre. Freilich kann es sich um Zufall handeln - bilden Sie sich bitte selber ein Urteil.

Vielleicht zum besseren Verständnis, warum wir Grünen uns vehement gegen einen Schotterabbau wenden: In diesem Bereich - Kreisbichl, Oberroithen, Brandstatt etc. - haben Trinkwasseruntersuchungen schon seit Jahre Werte ergeben, die eine Verwendung dieses Wassers z.B. für Säuglinge verbieten, weil Gesundheitsschäden befürchtet werden müssen. Durch eine Entfernung einer breiten Schotterschicht verschwindet ein natürlicher Schadstofffilter und viele Stoffe gelangen direkt ins Grundwasser. Eine Verbesserung der Wasserqualität, wie sie der Bürgermeister in oben erwähnter Sitzung behauptet hat, tritt daher bei einem Schotterabbau sicher nicht ein. Außerdem gelangen beim Betrieb einer Schottergrube immer wieder Schmieröle, Diesel etc. ins Grundwasser. Zitat aus der Zeitschrift "Unser Oberösterreich",

die von der Landesregierung herausgegeben wird: Ein Liter Motoröl kann eine Million Liter Grundwasser verseuchen!!!

Ein weiteres Problem stellt die Wiederbefüllung derartiger Gruben dar. Da dies in den meisten Fällen nicht kontrollierbar ist, kann nicht ausgeschlossen werden, daß bei einer Wiederbefüllung weitere das Grundwasser gefährdende Stoffe deponiert werden. (Lesen Sie dazu auch weiter unten: Müllentsorgung auf Oberösterreichisch.) Wir Grünen glauben, daß der Schutz unseres Trinkwassers bedeutend wichtiger ist, als der zweifelhafte Gewinn aus einer Schottergrube. Zur Einstellung des Bürgermeisters in dieser Angelegenheit: Auf meine Frage, ob es stimmt, daß er eine Waldparzelle an die Firma Treul verkaufen wolle, antwortete er, daß er mit seinem Grund tun könne, was er wolle! Ich glaube doch, daß ein Bürgermeister auch als Privatmann das Wohl der Gemeinde im Auge haben sollte - nicht nur das finanzielle.

Weitere Punkte der Sitzung vom 8.9.92

Asphaltierung der Straße durch die Siedlung Klaus - Süd-Ost und Graml-Siedlung (Im Volksmund auch "Beverly Hills" von Edt genannt)

Wir haben uns dagegen ausgesprochen, daß durch eine Wohnsiedlung eine Straße mit 5,20 m (!!) Fahrbahnbreite gebaut wird und daß nicht einmal ein Gehsteig errichtet wird. Welche Sinn hat die

Diskussion von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, wenn durch eine Siedlung solche Rennstrecken gebaut werden?

Grundankauf für Neubau eines Feuerwehrzeughauses für die FF Edt/Winkling

Auch wenn der Obmann des Planungsausschusses, Ökonomierat Bäck, immer noch behauptet, daß in Edt so etwas wie Raumplanung gemacht wird, so gibt es doch ein weiteres interessantes Kuriosum: Vor etwas mehr als zehn (!!) Jahren wurde ein Gemeindeamt errichtet, worin auch die Feuerwehr Edt/Winkling untergebracht wurde. Leider ist dieses Feuerwehrdepot jetzt offensichtlich zu klein geworden und die Feuerwehr möchte ein neues Depot. Wir glauben, daß nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft wurden, um die Raumnot der Feuerwehr zu lösen. Außerdem vermisste ich hier überregionale Überlegungen. Einfach herzugehen und von Gemeinde und Land das Geld für einen Neubau zu verlangen, halten wir für einen sehr bedenklichen Umgang mit öffentlichen

Geldern. Da unsere Meinung von den anderen drei Fraktionen nicht geteilt wird und im Budget für 1993 bereits 1,2 Millionen für den Grundankauf bereitgestellt werden, möchten wir an die zuständigen Leute appellieren, diesmal wenigstens rechtzeitig kompetente Personen von Landesregierung und Landesfeuerwehrkommando in die Planung einzubeziehen, damit wir nicht nach zehn Jahren ein weiteres Zeughaus bauen müssen. Schilda läßt grüßen! Damit kein falscher Eindruck entsteht - wir halten die Feuerwehr für absolut notwendig und wir haben bisher zu allen Anschaffungswünschen ja gesagt. Wir glauben aber, daß es dringlichere Probleme zu lösen gibt (Stichworte Wohnbau, Nahversorgung, Veranstaltungszentrum,...) und daß man das Raumproblem mittelfristig auch anders lösen kann

Müllentsorgung auf Oberösterreichisch!

Die Fa. Buchinger hat vom Stift Lambach auf Edter Gemeindegebiet eine Schottergrube gepachtet. Dort wurde nach dem Abbruch des Bauernhauses Krötzl (im Zuge des Baues des ÖBB - Tunnels) das gesamte Abbruchmaterial deponiert u.z. bunt gemischt: Wasserleitungsrohre, alte Autoreifen, Plastiksäcke, verrostete Silotüren etc. Nachdem wir aus der Bevölkerung Hinweise darüber erhielten, informierten wir Herrn Dr. Wilflingseder, Umweltrechts-abteilung beim Amt der O.Ö. Landesregierung, davon. Ergebnis: Die Firma Buchinger erhielt im Nachhinein die

Genehmigung zur Deponierung von Bauschutt in dieser Schottergrube. Auf meine Frage, ob denn Autoreifen und Silotüren als Bauschutt zu bezeichnen seien, antwortete Dr. Wilflingseder lapidar: "Diese sind nirgends zu finden gewesen; offenbar hat sie die Firma Buchinger ohnehin weggeräumt."

Diese Einstellung des für das Deponiewesen zuständigen Beamten der Landesregierung läßt für die Wiederbefüllung zukünftiger Schottergruben also nichts Gutes erwarten.

Zum Budget bzw. der Neufestsetzung der Gebühren (Wasser, Kanal, Kindergarten) für das Jahr 1993

Wir stimmen einer Erhöhung der Gebühren für die Wasserversorgung und der Kanalgebühren zu, weil diese Kosten tatsächlich gestiegen sind und weil auch wir hoffen, daß dadurch die Bedeutung eines sorgsamem Umganges mit einem der kostbarsten Güter bewußt wird.

Einer Erhöhung der Kindergartengebühren haben wir bereits letztes Jahr nicht

zugestimmt und werden wir auch heuer nicht zustimmen. In einer Zeit wo im Land diskutiert wird, Kindergartenplätze gratis anzubieten, müssen nicht jedes Jahr die Gebühren massiv erhöht werden. Ganz besonders nicht in einer so reichen Gemeinde wie Edt, wo man sich z.B. alle 10 Jahre ein neues Feuerwehrdepot leisten kann.

ZUM THEMA "AUSLÄNDER-VOLKSBEGEHREN" DER FPÖ

Wir appellieren an die Gemeindebevölkerung von Edt, dieses NICHT zu unterschreiben, da wir glauben, daß ein Volksbegehren, das sich gegen MENSCHEN richtet, in einem demokratischen Staat wie Österreich nicht vorkommen sollte. Auch in der NS - Zeit wurden MENSCHEN wegen ihrer Herkunft verfolgt und vernichtet!

Wir sind auch der Meinung, daß es keine unbegrenzte Einwanderung nach Österreich geben kann; wir sind aber überzeugt, daß man diese Thematik auf eine menschliche Art behandeln kann. Jetzt, wo im Nachbarland ein grausamer Bürgerkrieg tobt und sich deshalb viele Flüchtlinge nach Österreich gerettet haben, herzugehen und aus den Ängsten und Sorgen der Bevölkerung politisches Kapital zu schlagen, ist das allerärmste was dieser Haider bisher gemacht hat. Tatsache ist, daß wir in großen Bereichen ohne ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen gar nicht mehr auskämen (man denke nur an den Bereich der Krankenpflege).

Die Legende von den Ausländern als Sozialschmarotzern ist längst durch offizielle Zahlen widerlegt: Jugoslawische und türkische Arbeitnehmer zahlen nachweislich bedeutend mehr an Pensionsbeiträgen und Arbeitslosenversicherung ein, als sie aus diesen Einrichtungen erhalten.

Zwei wichtige Termine der Aktion SOS - Mitmensch:

Freitag, 15. Jan. 93, 16.00 Linzer Hauptplatz: Demonstration gegen
Ausländerfeindlichkeit und Rassismus

Samstag, 23. Jan. 93: Sonderzug zur Großdemo in Wien
Anmeldung bei Erwin Weixlbaumer Tel. 8914